

Der Mythos der "Germanisierung" : ein vielschichtiger Diskurs und seine Auswirkungen im westschweizerischen Sprachgrenzgebiet

Autor(en): **Altermatt, Bernhard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **11 (2004)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-27078>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DER MYTHOS DER «GERMANISIERUNG»

EIN VIELSCHICHTIGER DISKURS UND SEINE AUSWIRKUNGEN IM WESTSCHWEIZERISCHEN SPRACHGRENZGEBIET

BERNHARD ALTERMATT

Die Gründung der modernen Schweiz fällt in die Periode der Staats- und Nationsbildungen, in der fast alle Länder Europas versuchten, die Utopie der kulturellen und sprachlichen Homogenität zu verwirklichen.¹ Dem schweizerischen Bundesstaat ist es gelungen, ein hohes Mass an innerer kultureller Vielfalt zu bewahren und ein stabiles staatliches Gemeinwesen zu bilden, in dem Gemeinschaften unterschiedlicher Sprache friedlich zusammenleben.² Angesichts der scheinbar ungetrübten Erfolgsgeschichte des viersprachigen Landes ist auf die Herausforderungen hinzuweisen, denen sich die Schweiz im Umgang mit der Viersprachigkeit nach wie vor zu stellen hat. Neben der jüngeren Röstigraben-Diskussion ist die so genannte «Germanisierung» ein Thema, das seit 1848 regelmässig wiederkehrt. Dieses Ideenkonstrukt ist besonders im französischen Sprachgebiet verbreitet und bezieht sich auf eine aktive und beabsichtigte oder eine passive und unbeabsichtigte «Verdeutschung» der Welschschweiz. Wie der Historiker Christophe Büchi schreibt, lösten im 19. Jahrhundert die Vereinheitlichung des schweizerischen Rechts und die versuchte bildungspolitische Zentralisierung Germanisierungsbefürchtungen aus.³ Das 20. Jahrhundert stand seinerseits unter dem Eindruck der Zunahme der deutschsprachigen Bevölkerung in Tessin, Graubünden und Jura sowie unter demjenigen von wirtschaftlichen Konzentrationsprozessen und politischen Minorisierungssituationen.⁴ Im folgenden Beitrag richte ich das Augenmerk auf den zweisprachigen Kanton Fribourg/Freiburg, der sich mit seinem ausgedehnten und bevölkerungsreichen Sprachgrenzgebiet im schweizerischen Mittelland ausgezeichnet zur Analyse der tatsächlichen oder vermeintlichen Germanisierung sowie des diesbezüglichen Diskurses eignet.

DIE DEMOGRAFISCH-TERRITORIALE DIMENSION DES GERMANISIERUNGSMYTHOS

Die Resultate der Eidgenössischen Volkszählungen weisen seit dem 19. Jahrhundert eine beachtliche Stabilität der Sprachgruppen aus. Im westschweizerischen Sprachgrenzgebiet liegt gar eine Stärkung des Französischen vor – sowohl in relativen wie in absoluten Zahlen. Trotzdem ist gerade die demografisch-territoriale Germanisierung die am weitesten verbreitete Variante des vielschichtigen Konstrukts, wobei speziell auch die Jura-Frage zur Perpetuierung des Mythos beigetragen hat.⁵ Folgendes Zitat aus einer statistischen Studie über das 19. Jahrhundert verdeutlicht die Art der Rhetorik, die den Germanisierungsdiskurs im Kanton Freiburg prägte (1901): «[La barrière confessionnelle] tomba définitivement après la guerre du Sonderbund et alors cette avalanche de population bernoise pénétra, comme un coin solide, sur le territoire fribourgeois en traversant la Singine et la Sarine.»⁶ Ein Vierteljahrhundert später äusserte ein freiburgischer Sprachwissenschaftler eine ähnliche Annahme (1926): «Le quartier moderne des Daillettes, à cheval sur les territoires de [la ville de] Fribourg et de Villars-sur-Glâne, tend de plus en plus à se germaniser.»⁷ Auch gegen Ende des 20. Jahrhunderts fanden sich derartige Aussagen in Arbeiten zur freiburgischen Sprachensituation (1985): «In der Tat hat der Anteil der Deutschsprachigen in den Gemeinden der Region Freiburg in den letzten Jahren zugenommen. Eine Germanisierung im Sinne der Zunahme der Deutschsprachigen ist sicher vorhanden, ja wird in Zukunft mit dem Bau der neuen Siedlungen im Westen der Stadt eine noch grössere Bedeutung erlangen.»⁸

Seit den 1980er-Jahren wird der Germanisierungsdiskurs besonders systematisch von der «Communauté romande du pays de Fribourg» (CRPF) gepflegt. Diese Vereinigung, die ihre ethnolinguistische Orientierung selbst anerkennt, wurde 1985 als Gegenreaktion auf die schulische Besserstellung der deutsch-freiburgischen Minderheit gegründet und setzte sich ausdrücklich zum Ziel, die «poussée germanophone» zu bremsen.⁹ Einzelne ihrer Exponenten machen sich seither – unter Verweis auf die drohende Germanisierung – für eine sprachliche Aufteilung des Kantons stark (2000): «Il faut répartir le territoire cantonal en trois districts: un au sud, un au centre et un district alémanique à l'est. [...] Cette opération permettra de délimiter les territoires linguistiques et de mettre fin à la colonisation légale et accélérée de communes francophones des districts de la Sarine et du Lac par les Suisses allemands.»¹⁰ Solche Behauptungen über eine vermeintliche Zunahme der deutschsprachigen Bevölkerung basieren meist auf subjektiven Einschätzungen der tatsächlichen Situation oder auf gänzlich falschen Angaben. Trotzdem fanden sie insbesondere in der zweiten

Hälfte des 20. Jahrhunderts Eingang in unzählige Leserbriefe, Presseartikel und öffentliche Stellungnahmen bezüglich der freiburgischen Zweisprachigkeit.¹¹ Ein interessantes Element sind in diesem Zusammenhang auch die bei Bevölkerungszählungen sporadisch laut werdenden Fälschungsvorwürfe, die bisher immer unbegründet waren – sei es in den 1970er-Jahren an der Sprachgrenze in Freiburg oder Anfang des 20. Jahrhunderts im Berner Jura.¹²

DIE TATSÄCHLICHE ENTWICKLUNG DER SPRACHSTATISTIKEN

Im Gegensatz zur weit verbreiteten Annahme ist die deutsch-französische (und auch die deutsch-italienische) Sprachgrenze in der Schweiz seit vielen Jahrzehnten sehr stabil.¹³ In der Westschweiz haben sich die letzten nennenswerten Verschiebungen im Wallis ergeben, wo der mittlere Teil des Rhonetals bis Sierre/Siders im 18. und 19. Jahrhundert zu einer frankofonen Mehrheit wechselte. Auch im Raum Biel/Bienne hat seit der industriellen Blütezeit des 19. Jahrhunderts die französischsprachige Gemeinschaft markant zugenommen. Im Kanton Freiburg wechselten seit der ersten individuellen Erhebung der Muttersprache in einer Eidgenössischen Volkszählung (1880) ganze zwei Gemeinden ihre Sprachmehrheit: 1. Gurwolf/Courgevaux im Seebezirk, das seit 1950 beziehungsweise 1990 eine deutschsprachige Mehrheit aufweist, und 2. Pierrafortscha/Perfetschied im Saanebezirk, das seit 1970 mehrheitlich frankofon ist. Abgesehen von einer Handvoll Ortschaften, wo die deutschsprachige Bevölkerungsminderheit bedeutend zugenommen hat (Cressier/Grissach, Vully/Wistenlach und Merlach/Meyriez), weist die demografische Entwicklung in Richtung einer Stärkung der französischen Sprache. Von insgesamt 17 frankofonen Gemeinden in den beiden gemischten Bezirken Saane und See, die bei der Volkszählung 1888 eine eingessessene deutschsprachige Minderheit von über 20 Prozent beherbergten (durchschnittlich 33 Prozent), waren 100 Jahre später (1990) noch 11 Ortschaften übrig. Beachtet man nur den Saanebezirk, fällt auf, dass von 11 ursprünglich «gemischten» Gemeinden nur noch vier bestanden. Seit dem Jahr 2000 sind die zweisprachige Stadt Freiburg und die ehemals deutschsprachige Ortschaft Pierrafortscha die beiden letzten Ortschaften des Bezirks, wo die eingessessene deutschfreiburgische Minderheit mindestens einen Fünftel ausmacht.¹⁴

Interessanterweise kann diese Entwicklung weder in den Gemeinden, wo die Minderheit abnimmt, noch in jenen, wo sie am Zunehmen ist, einer bestimmten sprachpolitischen Praxis zugeordnet werden. Es spielt in der Tat keine Rolle, ob eine Ortschaft das sprachliche Territorialitätsprinzip strikt anwen-

det oder ob sie ihrer autochthonen Minderheit entgegenkommt. Entscheidend scheinen vielmehr die geografische Lage und mobilitätsbezogene Faktoren. Die Gemeinden Cressier, Vully und Merlach bilden allesamt frankofone Sprachinseln oder -halbinseln, die zudem nach Bern orientiert sind. Auch die Abnahme der deutschsprachigen Minderheit in der Agglomeration Freiburg dürfte auf die steigende Mobilität zurückzuführen sein, dank derer viele Deutschfreiburger nicht mehr im selben Mass wie früher gezwungen sind, sich in der Hauptstadt niederzulassen. Dies und die nicht sehr minderheiten- und zweisprachigkeitsfreundliche Politik der kommunalen Behörden scheint die plausibelste Erklärung für den markanten Rückgang des Deutschen (und damit der Zweisprachigkeit) in der Agglomeration Freiburg zu sein. Ein weiteres Element ist die Integration von Menschen aus dem lateinisch-romanischen oder frankofonen Sprachraum (Italien, Spanien, Portugal, Nord- und Zentralafrika). Deren kulturelle Nähe zur französischen Sprache und der Umstand, dass in gemischtsprachigen Gebieten die Mehrheitssprache generell eine stärkere Anziehungskraft auf Neuzuzüger ausübt, haben über die Jahrzehnte hinweg einen offenkundigen Einfluss auf die Entwicklung der Sprachstatistiken.

Ordnet man die jüngsten Veränderungen in die historische Entwicklung der sprachenterritorialen Situation ein, stellt man im nördlich der Stadt Freiburg gelegenen Murtenbiet seit dem 16. Jahrhundert eine Stärkung der deutschen Sprache fest. Dies kann teilweise auf die alternierende Verwaltung des Gebiets durch die Kantone Bern und Freiburg während des Ancien Régime sowie auf dessen damalige Zugehörigkeit zur bernisch-protestantischen Kirche zurückgeführt werden. Dagegen begann im 17. und 18. Jahrhundert südlich der Stadt Freiburg eine Rückgangsbewegung des Deutschen, sodass das Gebiet zwischen La Roche/Zur Flüh und Marly/Mertenlach wieder mehrheitlich frankofon wurde.¹⁵ In neuerer Zeit setzt sich diese sprachlich-demografische Entwicklung im freiburgischen Seebezirk, namentlich in den zwei Gemeinden des Vully und zwischen Murten und Cressier, fort. Auch im Saanebezirk ist der Prozess nicht abgeschlossen und wirkt sich insbesondere in der französischsprachigen Agglomeration der Kantonshauptstadt aus. Das Resultat dieser Doppelbewegung ist eine fortschreitende Homogenisierung der Sprachgebiete beiderseits der deutsch-französischen Sprachgrenze in Freiburg – und somit in der Schweiz.

DIE ÖKONOMISCHE VARIANTE DES GERMANISIERUNGSKONSTRUKTS

In wirtschaftlicher Hinsicht herrscht in der Schweiz ein weit gehend «proportionales Gleichgewicht» zwischen den zwei grössten Sprachregionen, wobei die Region Zürich und das Genferseebecken die restlichen Landesgegenden in hohem Mass dominieren und ein Pro-Kopf-Einkommen ausweisen, das deutlich über dem nationalen Durchschnitt liegt.¹⁶ Obwohl keine generelle wirtschaftliche Benachteiligung der französischsprachigen Westschweiz gegeben ist, stellt die angebliche Verschiebung des wirtschaftlichen Einflusses von der Welsch- in die Deutschschweiz eine zweite Dimension des Germanisierungsdiskurses dar. Während man im 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts insbesondere im italienischsprachigen Tessin eine «invasione tedesca» und die steigende deutschschweizerische Macht in Grundstückhandel, Immobilienmarkt, Raumplanung und Tourismus befürchtete, verlagerte sich der ökonomische Germanisierungsmythos in neuerer Zeit (auch im Zuge der Jura-Frage) in die Westschweiz.¹⁷ Ein exemplarischer Fall dieses Diskurses war gegen Ende des 20. Jahrhunderts die Diskussion über die Ausrichtung der nationalen Flughafen- und Fluggesellschaftspolitik.¹⁸ In der Wahrnehmung der Welschschweiz geht dabei die ökonomische Germanisierungsgefahr vom so genannten «Goldenen Dreieck» aus, dessen einzige fassbaren Merkmale die Lage in der Deutschschweiz und die Einbeziehung Zürichs (meist auch Basels) sind. Wie bei Röstigraben und Germanisierung steht beim Goldenen Dreieck der starken Wirkung des Begriffs eine erstaunlich vage Definition gegenüber: Neben einer westlichen Variante unter Einschluss von Bern oder Olten besteht eine östliche, deren dritte Ecke wahlweise im Raum Schaffhausen oder Winterthur liegt.

Im freiburgischen Sprachgrenzgebiet sind die wirtschaftlichen Bedrohungsgefühle hauptsächlich mit der nahe gelegenen Schwesterstadt Bern verbunden. Die Angst vor der bernischen Germanisierung stammt grösstenteils aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die Durchsetzung der allgemeinen Niederlassungsfreiheit in der Schweiz die Einwanderung von Landwirten aus dem benachbarten Kanton erleichterte.¹⁹ Regelmässige Interventionen im freiburgischen Kantonsparlament zeigen, dass in landwirtschaftlichen Kreisen das subjektive Gefühl der Bedrohung bis heute nicht ganz verschwunden ist. Während des 20. Jahrhunderts wurde die Angst vor der bernischen Germanisierung im agrarischen Bereich durch die Jura-Frage wach gehalten, und der Mythos übertrug sich (ähnlich wie im Tessin) auf die städtische Immobilienspekulation.²⁰ In neuester Zeit führte die Integration Freiburgs in den Metropolitanraum Bern und das Zusammenwachsen der beiden Stadtglomerationen ■ 117

zu einigen Berührungspunkten. Eine wichtige Rolle im Diskurs über die wirtschaftliche Germanisierung spielten des Weiteren einzelne grosse Unternehmen aus der Deutschschweiz, die sich im westschweizerischen Sprachgrenzgebiet niederliessen.²¹ Die antideutschschweizerische Abwehrhaltung gewisser frankofoner Kreise konnte dabei so weit gehen, dass man sich gegen ansonsten willkommene wirtschaftliche Entwicklungsschübe wehrte. Die Germanisierungsfrage schien sich hier unabhängig davon zu stellen, ob das Unternehmen seine Mitarbeiter tatsächlich aus der Deutschschweiz mitbrachte oder nicht. Wie der Soziologe Uli Windisch schreibt, versuchte beispielsweise der Basler Chemiekonzern Ciba-Geigy aus Rücksicht auf die sprachlichen Verhältnisse bei Stellenbesetzungen in seiner Freiburger Niederlassung gezielt die Französischsprachigen zu bevorzugen um damit «dem Vorwurf entgegen[zu]wirken, dass die deutschsprachige Industrie sich im Welsch[land] ausbreitet und diese Gegend wirtschaftlich kolonialisiert».²² Bisher hatten Unternehmensansiedlungen keine namhaften Auswirkungen auf die sprachlich-demografischen Verhältnisse. Sie gaben jedoch fallweise Anlass zu verstärkten zwischengemeinschaftlichen Kontakten, zu Diskussionen über die sprachregionalen Verhältnisse und zu Veränderungen in der Minderheitenpolitik.

«BILINGUISATION» ALS GERMANISIERUNG IM ÖFFENTLICH-STAATLICHEN BEREICH

Eine dritte Ebene des Germanisierungsdiskurses bezieht sich auf die sprachliche Gestaltung des öffentlichen Raumes und auf das nach aussen projizierte Bild des Staates. Dabei ist einleitend auf folgende zwei Elemente hinzuweisen: Erstens erkämpften sich die nichtdeutschsprachigen Minderheiten während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schrittweise die proportionale Gleichbehandlung und Anerkennung in den Organen der Eidgenossenschaft.²³ Zweitens ergaben verschiedene Studien der letzten Jahrzehnte vergleichsweise schwache Deutschkenntnisse bei französischsprachigen Schweizern. Der vermehrte Gebrauch der schweizerdeutschen Dialekte in der Deutschschweiz – insbesondere in den audiovisuellen Medien – stellt dabei in der Wahrnehmung einer vermeintlichen Germanisierung durch die Welschschweizer ein herausragendes Problem dar.²⁴ Auch die zunehmende Verbreitung und die Notwendigkeit einer stärkeren Förderung der englischen Sprache führten in den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts zu vehementen Reaktionen aus der Welschschweiz.

Dem im weitesten Sinn als «öffentlich-rechtlich» zu bezeichnenden Germanisierungsdiskurs begegnet man im freiburgischen Sprachgrenzgebiet in einer spezifischen Variante, die auf die sprachpolitische Entwicklung des Kantons

zurückzuführen ist. Ähnlich wie die frankofone Sprachgemeinschaft auf schweizerischer Ebene für ihre Berücksichtigung zu kämpfen hatte, mussten sich in Freiburg die Deutschsprachigen für die proportionale Gleichberechtigung wehren. Die angemessene Achtung der Rechte des deutschsprachigen Bevölkerungsdrittels wurde hier zwischen 1960 und den 1980er-Jahren verwirklicht. Faktisch wirkte sich die Anerkennung der Sprachminderheit in einer besseren Sichtbarkeit der kantonalen und regionalen Zweisprachigkeit aus. Diese überfällige «Bilinguisierung» wurde und wird von einzelnen Vertretern der frankofonen Mehrheit als Germanisierungsprozess interpretiert, wobei dieselben Personen auf nationaler Ebene bisweilen mit Vehemenz ähnliche Rechte fordern.²⁵ Exemplarisch kam diese Haltung in der Stellungnahme des Gemeindepräsidenten von Gurwolf/Courgevaux zum Ausdruck, der 1971 im Rahmen einer kleineren Kontroverse gegenüber den kantonalen Behörden die Meinung äusserte, dass die Zweisprachigkeit die Germanisierung fördere.²⁶ Der frankofone Historiker Georges Andrey vertrat 1985 denselben Standpunkt und schrieb, die französischsprachige Mehrheit müsse sich wehren gegen die «conquêtes importantes [de la minorité] dont le trait commun est ce qu'on peut appeler la bilinguisation».²⁷ Anlässlich der Forderung nach einer besseren Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit im Gerichtswesen des freiburgischen Saanebezirks übernahm 1989 sogar der kantonale Justizdirektor den Mythos der Germanisierung in seine ablehnende Argumentation: «[Le Conseil d'Etat] ne peut toutefois pas non plus ignorer les sentiments de crainte de «germanisation rampante» exprimés par une partie de la population francophone.»²⁸ Ähnliche Vorbehalte tauchten auf, als die zweisprachige Stadt Freiburg 1991 knapp zwei Dutzend ihrer über 400 Strassen und Plätze mit zweisprachigen – statt nur französischen – Schildern versah. Die Befürworter dieser Massnahme sahen sich gezwungen, im Gemeindeparlament zu unterstreichen: «Il n'y a, avec cette décision, aucun risque de germanisation de la Ville.»²⁹

Auch im freiburgischen Bildungswesen wurde die Gleichstellung der Sprachen erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewährleistet, mit der Eröffnung von deutschen Klassen oder Abteilungen an über zehn Schulen und Bildungsinstitutionen. Zur Förderung der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften führte man sodann ab 1980 im höheren Bildungswesen gemischte Klassen, zweisprachige Diplome und Austauschprogramme ein. Im Bereich der obligatorischen Schule fand Freiburg in unmittelbarer Nähe der Sprachgrenze vereinzelt Lösungen für die Kinder lokaler Sprachminderheiten, insbesondere um deren Einschulung in der Muttersprache zu ermöglichen. Obwohl diese Reformen auch der frankofonen Minderheit in mehrheitlich deutschsprachigen Ortschaften zu Gute kamen, riefen sie eine kleine aber lautstarke Gegnerschaft auf den Plan, die hinter der sprachlichen Gleichstellung

und der Förderung der Zweisprachigkeit einen Versuch sah, den Kanton zu «(re)germanisieren».³⁰ In Wirklichkeit scheint die freiburgische Schulpolitik die umgekehrte Wirkung zu haben: Erstens nimmt die deutschsprachige Minorität auf der frankofonen Seite der Sprachgrenze in absoluten und relativen Zahlen ab. Zweitens ist in Gemeinden, wo der Minderheitenanteil stabil ist, die Anzahl ausserkommunal auf Deutsch eingeschulter Kinder stark zurückgegangen. Drittens ist die ausserkommunale Einschulung der deutschsprachigen Kinder für die betroffenen Ortschaften ein Mittel zum Erhalt der institutionellen und territorialen Einsprachigkeit: Sie umgehen damit sowohl die Notwendigkeit, eigene deutsche Klassen zu eröffnen, als auch die weitergehende Anerkennung der eingessenen Sprachminderheit.

Ein weiterer Dorn im Auge von einzelnen frankofonen Sprachaktivisten bildete die Universität Freiburg, die seit ihrer Gründung im Jahr 1889 zweisprachig geführt wird. Ähnlich wie im 19. Jahrhundert die Pläne zur Gründung einer eidgenössischen Hochschule in der Welschschweiz abgelehnt wurden, stiess die Universität Freiburg in gewissen französischsprachigen Kreisen des Kantons auf Widerstand. Noch Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre mussten der Staatsrat und das Rektorat mehrmals unbegründete Germanisierungsvorwürfe mit dem Verweis auf die vorbildliche Politik der Zweisprachigkeit der Universität zurückweisen.³¹ Das schützte die Hochschule nicht davor, mit besonders virulenten Vorwürfen eingedeckt zu werden: «Qu'on le veuille ou non, l'Uni de Fribourg est bel et bien ce cheval de Troie dont les flancs sont bourrés de colons germaniques en voie d'implantation!»³² Es erstaunt wenig, dass die Metapher des Trojanischen Pferdes auch in Zusammenhang mit der Jura-Frage regelmässig auftauchte. Wie der Politikwissenschaftler François Wisard in seiner Studie über den Diskurs der «jurassischen Einheit» betont, gibt die Verwendung von Begriffen wie «Kolonisierung» und «Trojanisches Pferd» der Germanisierung eine willentliche und beabsichtigte Dimension.³³ Zusammen mit der Bezeichnung von sprachpolitisch aktiven deutschsprachigen Kreisen als «obskure Logen», die «von der Omertà der Medien gedeckt» ihre angebliche «Macht im Schatten ausspielen», bilden derartige Begriffe das verbale und gedankliche Gerüst des Germanisierungsdiskurses und statten ihn mit wesentlichen Elementen einer Verschwörungstheorie aus.³⁴ Die inhaltliche Vielschichtigkeit wird dabei durch die Vielfalt der Formen verstärkt, die das Konstrukt annehmen kann. Verschwörungskonstrukt, Mutmassung, Propaganda, gezielte Desinformation und die Verbreitung von Unwahrheiten fügen sich zu einem komplexen Bild zusammen, das bisweilen schwierig zu entschlüsseln ist. Die fließenden Übergänge zwischen den einzelnen inhaltlichen und formalen Schichten verleihen dem Germanisierungsmythos ein beträchtliches Schadenspotenzial, das von den kulturellen und gesellschaftli-

chen Verantwortungsträgern bis heute zu wenig ernst genommen wird. Trotz seines weit gehend fiktiven Charakters hat der Germanisierungsmythos (und seine Verwendung im öffentlichen Diskurs) bisweilen konkrete Auswirkungen auf die Sprachpolitik.

DIE VERHINDERUNG DES IMMERSIONSUNTERRICHTS

Ihren jüngsten Höhepunkt erreichte die Germanisierungsdebatte in Freiburg während einer Abstimmungskampagne gegen die Einführung des partiellen Immersionsunterrichts im Jahr 2000.³⁵ Nachdem das Kantonsparlament Anfang der 1990er-Jahre mit überwältigender Mehrheit ein Postulat zur Eröffnung von zweisprachigen Klassen an die Regierung überwiesen hatte, beantragten die Behörden 1998 nach einer mehrjährigen Planungsphase eine Abänderung des Schulgesetzes. Diese sah vor, dass in allen öffentlichen Schulen des Kantons ein Teil des Unterrichts in der ersten Fremdsprache beziehungsweise in der zweiten Kantonssprache (in der so genannten «Partnersprache») erteilt werde.³⁶ Ein Gegnerkomitee ergriff alsbald das Referendum gegen das Reformprojekt und die schulische Zweisprachigkeit, die in seinen Augen ein «pädagogisches Massaker», «ein grobes Vergehen an der Identität der beiden kantonalen Sprachgemeinschaften» sowie eine «kulturelle Widersinnigkeit», «Germanisierung» und «Bastardisierung» darstellten. Die CRPF gab für den Abstimmungskampf eigens ein Pamphlet mit dem Titel *Eins ... Zwei! La germanisation en marche* heraus.³⁷

Zwischen September 1999 und 2000 erschienen in der französischsprachigen Tageszeitung *La Liberté* gegen 120 Leserbriefe und persönliche Stellungnahmen, die über 270 einzelne Argumente für oder gegen die Immersion und die Zweisprachigkeit enthielten (Mehrfachnennungen im selben Text wurden nicht mitgezählt). Nach einer inhaltlichen Analyse lässt sich die Argumentation der Gegner folgendermassen charakterisieren: Ein Drittel der Argumente basierte auf einer ethnolinguistisch-sprachpuristischen Haltung und richtete sich primär gegen die deutsche Sprache und Kultur sowie gegen die schweizerdeutschen Dialekte und gegen das «Andere». Dieser Raison zufolge galt es, die Frankophonie vor der drohenden Germanisierung zu schützen. Didaktisch-pädagogische und praktische Argumente oder eine generelle Ablehnungshaltung folgten weiter hinten in der Rangfolge. Auch auf der Seite der Befürworter bildeten die «kulturellen» Argumente den Hauptanteil. Die Befürworter warnten ausdrücklich vor der Gefahr der antideutschschweizerischen Hetze und hoben die Verständigung zwischen den Sprachgruppen, die gute zwischensprachliche Entente, den kulturellen Reichtum der Mehrsprachigkeit, die Öffnung nach ■ 121

aussen sowie die Stärkung der kantonalen und nationalen Einheit hervor. Im September 2000 verwarfen die Freiburger Stimmbürger die vorgeschlagene Revision des Schulgesetzes und damit die flächendeckende Einführung des partiellen Immersionsunterrichts mit 50,4 Prozent knapp. Die konzertierte Leserbriefkampagne in der Zeitung *La Liberté*, in der die Gegnerargumente mit über 60 Prozent obenauf schwammen, schien somit ihren Effekt nicht verfehlt zu haben. In der Kombination von Faktoren, die zum Scheitern der Vorlage in der Volksabstimmung beitrugen, spielten die antideutschschweizerische Stimmungsmache und die Verbreitung des Germanisierungsmythos eine nicht zu vernachlässigende Rolle.³⁸

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Mythos der Germanisierung beruht in hohem Mass auf subjektiven Wahrnehmungen, die selten der tatsächlichen Sprachwirklichkeit entsprechen. Auf deutschfreiburgischer Seite wurde von einzelnen Sprachpolitikern ab Mitte der 1980er-Jahre auf diesen Umstand hingewiesen.³⁹ Diese Auffassung fand vorab Eingang in die Einschätzung der Lage durch deutschsprachig geprägte kollektive Akteure der kantonalen Politik.⁴⁰ Auf frankofoner und gesamtfreiburgischer Seite beginnt sich die Einsicht, dass tatsächlich keine Germanisierung droht, erst seit den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts durchzusetzen.⁴¹ Nach wie vor stossen die lautstarken Gegner der Zweisprachigkeit mit ihren immer wiederkehrenden Schmähschriften, die den Mythos der Germanisierung verbreiten, auf wenig Widerspruch seitens der kantonalen Behörden und gesellschaftlich-kulturellen Verantwortungsträger.⁴² Dies widerspricht der Tatsache, dass das wahre Problem in den Sprachgrenzgebieten der Westschweiz nicht die Germanisierung ist, sondern die fortschreitende sprachliche Homogenisierung und die fehlende Anerkennung von zweisprachigen Ortschaften.

Ein Umstand, der die Sprachpolitik und das Zusammenleben der beiden Kulturgemeinschaften in Freiburg besonders stark belastet, ist die Inversion der Mehrheitsverhältnisse im Vergleich zur gesamtschweizerischen Sprachensituation. Diese Umkehrung erschwert den frankofonen Freiburgern die Akzeptanz der kantonalen deutschsprachigen Minderheit und verzerrt die Wahrnehmung der tatsächlichen Sprachenverhältnisse. Die Minorisierung der Französischsprachigen in der Schweiz führt ebenso dazu, dass das Prinzip der strikten Sprachenterritorialität unter Welschschweizern generell stärkeren Rückhalt geniesst als unter Deutschschweizern. Gemäss der frankofonen Sichtweise bildet die Sprachgrenze eine eindeutige Linie, die klare Mehrheiten

122 ■ voneinander trennt, während aus der Perspektive der meisten Deutschsprachigen

das deutsch-französische Sprachgrenzgebiet nicht von einer Linie durchzogen ist, sondern eine Grenzregion bildet, wo die beiden Sprachgruppen fließend ineinander übergehen.⁴³ Die rigide Interpretation der Konzepte «Sprachgrenze» und «Sprachterritorium» auf frankofoner Seite begünstigt die Verankerung von kulturellen Bedrohungskonstrukten wie dem Germanisierungsmythos.

Beispiele aus der Jura-Frage zeigen zudem, dass tatsächlich erfolgte sprachliche Mehrheitswechsel im kollektiven Bewusstsein der betroffenen Gemeinschaften stark verankert bleiben – auch wenn sie in der Geschichte weit zurück liegen und weder signifikant noch dauerhaft waren.⁴⁴ In Freiburg dürften die ersten Spuren der Germanisierungsangst im Gedächtnis der frankofonen Sprachgruppe auf den Beitritt des Kantons zur Eidgenossenschaft im 15. Jahrhundert zurückzuführen sein, als Deutsch zur hauptsächlichen Amtssprache wurde und bis 1798 unangefochten blieb. Eine ähnlich starke Signalwirkung scheint heute von einzelnen Ortschaften auszugehen, in denen die deutschsprachige Minderheit zunimmt. Gerade in Sprachgrenzgebieten, die konstant mit leicht schwankenden Mehrheitsverhältnissen konfrontiert sind, kann die unreflektierte Ausschachtung der sprachlich-demografischen Instabilität in Politik und Publizistik äusserst schädliche Wirkung entfalten. Umso mehr sollten sich dort die sprachpolitisch aktiven Kreise ihrer grossen Verantwortung bewusst sein. Nur die konsequente Anerkennung der Zweisprachigkeit und deren sprachrechtliche Umsetzung auf kantonaler, regionaler und kommunaler Ebene können Konflikte auf die Dauer effizient verhindern. Dazu müssen in einem ersten Schritt die Anerkennung der Minderheiten und deren proportionale Gleichberechtigung gewährleistet werden, denn ohne sprachliche Gerechtigkeit ist auch der sprichwörtliche Sprachfriede nicht gesichert. In einer zweiten Etappe müssen die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften und somit die Zweisprachigkeit gefördert werden, denn nur so kann eine Region von ihrer territorialen Mehrsprachigkeit auch profitieren.

In der Tat könnten die schweizerischen Sprachgrenzgebiete die stärksten Bollwerke gegen ethnozentristische Diskurse, sprachpuristische Strömungen und die Indifferenz zwischen den Kulturgemeinschaften sein. Hinweise auf diesbezügliche Chancen und Risiken sind die unterschiedlichen Entscheide, die in den letzten Jahren von den Deutschschweizer Kantonen im Bezug auf den Unterricht der ersten Fremdsprache gefällt wurden: Dem Übergang zu Englisch als erster Fremdsprache in der Ost- und Zentralschweiz steht die Beibehaltung der jeweiligen Partnersprachen in den deutschsprachigen und frankofonen Kantonen der Nord- und Westschweiz gegenüber (Französisch für die Deutschschweizer, Deutsch für die Welschschweizer).⁴⁵ Solche Unterschiede sind Beispiele der «differenzierten Territorialität», von der die schweizerische Sprachpolitik geprägt ist.⁴⁶ Das Territorialitätsprinzip nimmt im Sprachenrecht ■ 123

der Schweiz ohne Zweifel eine dominante Stellung ein: 22 von 26 Kantonen und Halbkantonen sind einsprachige Gebietseinheiten. Trotzdem hat die generelle Gültigkeit dieses Prinzips weder zu einer politisch-territorialen Einteilung des Landes nach sprachlichen Kriterien, noch zu einheitlichen Sprachpolitiken innerhalb der Sprachgebiete geführt. Auch die vier mehrsprachigen Kantone Freiburg, Wallis, Bern und Graubünden beherbergen teilweise sprachlich gemischte Bezirke und einzelne zweisprachige Gemeinden. Die wichtige Funktion, die diese «Brückenorte» (Kantone, Bezirke, Regionen, Städte) für den gesamtschweizerischen Zusammenhalt erfüllen, wird seit 1999 respektive 2004 andeutungsweise in den Verfassungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und des Kantons Freiburg anerkannt. Noch ist aber die Wertschätzung der zweisprachigen Gebiete in der Schweiz längst nicht so stark verankert wie die ebenso zutreffende Ansicht, dass das Land seine sprachpolitische Stabilität in hohem Mass dem Prinzip der Sprachenterritorialität zu verdanken hat. Trotzdem wird das reibungslose Zusammenleben von vier Sprachgemeinschaften in der Schweiz gerade auch durch die *Ausnahmen* von besagtem Grundsatz ermöglicht: mithin durch die differenzierte Auslegung des sprachterritorialen Prinzips, durch die differenzierte Sprachenterritorialität. Dass die friedliche plurikulturelle Koexistenz in der Schweiz nicht einfach und nie gesichert ist, zeigen Konfliktbeispiele wie dasjenige des Germanisierungsmythos.

Anmerkungen

- 1 Anne-Marie Thiesse, *La création des identités nationales: Europe XVIIIe–XXe siècle*, Paris 1999; Urs Altermatt, *Das Fanal von Sarajewo: Ethnonationalismus in Europa*, Zürich 1996; Ernest Gellner, *Encounters with Nationalism*, Oxford 1994; Eric Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus: Mythos und Realität seit 1780*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1992.
- 2 Vgl.: Jean Widmer et al., *Die Schweizer Sprachenvielfalt im öffentlichen Diskurs. Eine sozialhistorische Analyse der Transformation der Sprachenordnung von 1848 bis 2000*, 2. Aufl. Bern 2003; Robert Schläpfer, Hans Bickel (Hg.), *Die viersprachige Schweiz*, 2. Aufl., Aarau 2000; Lidija R. Basta-Fleiner, Thomas Fleiner (Hg.), *Federalism and Multiethnic States. The Case of Switzerland*, 2. Aufl., Basel 2000; Wolf Linder, *Swiss Democracy. Possible Solutions to Conflict in Multicultural Societies*, 2. Aufl., Hampshire 1998; Georges Lüdi, Iwar Werlen (Hg.), *Die Sprachenlandschaft Schweiz, Eidgenössische Volkszählung 1990*, Bern 1997.
- 3 Christophe Büchi, «Röstigraben». *Das Verhältnis zwischen deutscher und französischer Schweiz*, Zürich 2000, 161 f.
- 4 Hanspeter Kriesi et al., *Le clivage linguistique. Problèmes de compréhension entre les communautés linguistiques en Suisse*, Bern 1996; Urs Dürrmüller, *L'évolution du plurilinguisme. D'une Suisse quadrilingue à une Suisse multilingue*, Zürich 1997.
- 5 Vgl. u. a. Claude Hauser, *Aux origines intellectuelles de la question jurassienne, Culture et politique entre la France et la Suisse romande (1910–1950)*, Courrendlin 1997.
- 6 Ferdinand Buomberger, *Population du canton de Fribourg en 1811 et son développement pendant le 19me siècle*, Freiburg 1901, 88.

- 7 Paul Aebischer, «Contribution à l'étude de la situation linguistique dans la vallée de la Roche du XIIIe siècle à 1500», in Jakob Jud et al. (Hg.), *Festschrift Louis Gauchat*, Aarau 1926, 23.
- 8 Beat Sottas, *Sprachenrecht und Schulgesetz im Kanton Freiburg*, Seminararbeit, Universität Freiburg, 1985, zit. in Uli Windisch et al., *Les relations quotidiennes entre Romands et Suisses alémaniques. Les cantons bilingues de Fribourg et du Valais*, 2 Bände, Lausanne 1992, hier Bd. 1, 428.
- 9 Georges Andrey, «La communauté romande du pays de Fribourg ou comment sauvegarder la paix des langues», *Alliance culturelle romande* 31 (1985), 51; Georges Andrey, «Le plurilinguisme dans la seconde moitié du XXe siècle», in Université de Lausanne (éd.), *Jean Meynaud ou l'utopie revisitée*, Lausanne 1988, 333–339; vgl. auch Uli Windisch, «La Suisse plurilingue: vers l'éclatement? Quelle politique linguistique pour la Suisse?», *Forum Statisticum* 34 (1995), 18.
- 10 Denis Clerc, «Trois districts, ça suffit», *La Liberté*, 18. 3. 2000, 2. Das Zerrbild der Kolonisierung wurde auch in der Jura-Frage oft verwendet. Vgl. François Wisard, *Le Jura en question. Analyse du discours sur «l'unité du Jura»*, Lausanne 1988, 92.
- 11 Eine grosse Sammlung von diesbezüglichen Leserbriefen und Presseerzeugnissen ist in den Beständen der Staatskanzlei im Staatsarchiv des Kantons Freiburg erhalten. Weitere Zeitungsartikel und Dokumente zur freiburgischen Sprachenfrage der 1980er-Jahre wurden dem Autor verdankenswerterweise von Herrn Beat Sottas aus Bürglen bei Freiburg übergeben. Jüngere Beispiele für falsche Germanisierungsvorwürfe finden sich u. a. bei Claude Scheidegger, «La Sarine, district bilingue?», *La Liberté*, 6. 3. 2001, 2; vgl. auch Pascal Hurni, «Fribourg, tête de pont de la germanisation», *La Liberté*, 11. 12. 1999, 5.
- 12 Hans-Peter Müller, *Die schweizerische Sprachenfrage vor 1914. Eine historische Untersuchung über das Verhältnis zwischen Deutsch und Welsch bis zum Ersten Weltkrieg*, Wiesbaden 1977, 119; Bernhard Altermatt, *La politique du bilinguisme dans le canton de Fribourg/Freiburg 1945–2000. Entre innovation et improvisation*, Freiburg 2003, 133 f.
- 13 Eine schwer wiegende und bedauernswerte Ausnahme bildet der rätoromanische Sprachraum in Graubünden, wo eindeutig von einer Germanisierung gesprochen werden muss. Vgl. u. a.: Lüdi/Werlen (wie Anm. 2), 106, 274, 550 ff.; Werner Catrina, *Die Rätoromanen zwischen Resignation und Aufbruch*, Zürich 1983.
- 14 Altermatt (wie Anm. 12), 265–270, 324 ff.
- 15 Vgl.: Ernst Flückiger, «Die Sprachgrenze im Murtenbiet», *Freiburger Geschichtsblätter* 45 (1953), 21–47; Aebischer (wie Anm. 7).
- 16 Vgl.: Bundesamt für Statistik (Hg.), *Strukturatlas der Schweiz / Atlas structurel de la Suisse*, Zürich 1997; Christoph Mager, «Relation d'emploi: Un pays, deux systèmes?», in Forum Helveticum und Musée Suisse / Schweizerische Nationalmuseen (Hg.), *Zwischen Rhein und Rhone / Entre Rhin et Rhône*, Lenzburg 2002, 160–164; vgl. auch «Wirtschaftlich relevante Aspekte der Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Schweiz – Probleme und Thesen» (Expertenbericht), in Neue Helvetische Gesellschaft (Hg.), *Der Dialog zwischen Schweizern / Le dialogue entre Suisses* (Jahrbuch 1981 der NHG), 43–52; weitere wirtschaftsgeschichtliche Aspekte wurden schon angesprochen von David Lasserre, *Schicksalsstunden des Föderalismus*, Zürich 1963, 158 f.
- 17 Vgl. Raffaello Ceschi, «Ein Bedrohtes Land (1918–1944)», in Remigio Ratti et al., *Tessin – eine offene Region*, Basel 1993, 47–138, hier 52 f.
- 18 Leonhard Neidhart, *Die politische Schweiz. Fundamente und Institutionen*, Zürich 2002, 246, spricht in Zusammenhang mit der bankrotten Swissair vom «inneren Wettbewerb» des schweizerischen Föderalismus.
- 19 Für die reformierten Einwanderer wurde im katholischen Freiburg damals ein paralleles Schulsystem errichtet, das im Unterschied zum öffentlichen Schulwesen eher deutsch geprägt war. Vgl.: Bernhard Altermatt, «Die reformierte <Freie öffentliche Schule Freiburg> zwischen Konfession und Sprache», *Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte* 96 (2002), 97–116; Ders., «Von der konfessionellen zur sprachlichen Entterritorialisierung?

- Zur Schulgeschichte im Kanton Freiburg», in Urs Altermatt (Hg.), *Katholische Denk- und Lebenswelten. Beiträge zur Kultur- und Sozialgeschichte des Schweizer Katholizismus im 20. Jahrhundert*, Freiburg 2003, 219–245.
- 20 «[Jean] Steinauer [in *Le Sauvage: Histoire et légende d'une auberge à Fribourg*, Freiburg 2002] dément une accusation bien ancrée dans la population: les promoteurs qui ont joué au casino avec le patrimoine ne seraient pas des Bernois riches et lointains mais une nouvelle génération de gens du quartier.» Eliane Waeber Imstepf, «Sur les traces d'un sauvage bolze», *La Liberté*, 23. 11. 2002, 33.
- 21 Vgl. dazu: Stéphane Tendon, *Von Roll à Choindez, Ciba-Geigy à Marly. Des Romands et des Alémaniques à la frontière des langues*, Courrendlin 2004; Ders., «La frontière des langues à Marly: l'influence de Ciba», in *Forum Helveticum/Musée Suisse* (wie Anm. 16), 170–173.
- 22 Vgl. Windisch et al. (wie Anm. 8), Bd. 1, 428 ff., hier 434.
- 23 Vgl.: Peter Saladin und Eidgenössisches Departement des Innern EDI (Hg.), *Le quadrilinguisme en Suisse – présent et futur. Analyse, propositions et recommandations d'un groupe de travail du Département fédéral de l'intérieur (groupe de travail Saladin)*, Bern 1989 (Titel der deutschen Version: *Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz*); Andrey (wie Anm. 9).
- 24 Kriesi et al. (wie Anm. 4, 15) unterstreichen, dass die generelle Fähigkeit der Romands, sich den deutschschweizerischen Sprachraum zu erschliessen, bedeutend geringer einzustufen ist als umgekehrt.
- 25 Vgl. dazu die Ansicht des Stadtpräsidenten von Freiburg in einem Buch, das aus Anlass seiner Nationalratskandidatur im Jahr 2003 erschienen ist: «Toute tentative visant à l'établissement systématique du bilinguisme se traduira inévitablement par le renforcement de la langue majoritaire [de Suisse, c'est-à-dire: l'allemand].» Zit. in «Dominique de Buman se livre: Entre testament et programme», *La Liberté*, 5. 4. 2003, 15. Einer der ersten Vorstösse de Bumans im Nationalrat betraf im Frühjahr 2004 die Untervertretung der frankofonen Parlamentarier unter den Kommissionspräsidenten, Stimmzählern und Abgeordneten des Parlaments bei der Interparlamentarischen Union.
- 26 Gottlieb Bigler in *Procès-verbal de l'entrevue entre le Conseil d'Etat, le Conseil communal de Courgevaux et d'autres invités*, 23. 6. 1971, 2 (erhalten im «Fonds Georges Clerc» der Staatskanzlei im Staatsarchiv des Kantons Freiburg). Dieselbe Haltung nimmt regelmässig der ehemalige Staatsrat und aktuelle Vizepräsident der CRPF, Denis Clerc, ein. Vgl. z. B. in «Futur simple», *La Liberté*, 24. 7. 2003, 2.
- 27 Andrey (wie Anm. 9), 51. Der Vorwurf, dass die territoriale oder institutionelle Zweisprachigkeit die jeweils andere Sprachgruppe bevorteile, wurde auch in der belgischen Sprachenfrage abwechslungsweise von Flamen und Wallonen geäussert. Vgl. André Leton, André Miroir, *Les conflits communautaires en Belgique*, Paris 1999, 33, 78.
- 28 Raphaël Rimaz (Justizdirektor) in *Bulletin des Grossen Rats des Kantons Freiburg* [BGR], September 1989, 1698.
- 29 Jean Bourgknecht in *Procès-verbaux des séances du Conseil général de la Ville de Fribourg*, Legislatur 1986–1991, Bd. V, 488.
- 30 Vgl. *Freiburger Nachrichten*, 29. 8. 2000, 3: «Für Denis Clerc [von der CRPF] reiht sich die vorgeschlagene Gesetzesänderung [...] in den <breiten Versuch ein, den Kanton zu re-germanisieren.» Vgl. auch die aufschlussreiche «affaire de Marly» in Altermatt (wie Anm. 12), 257 ff.
- 31 Albert Guinnard (Grossrat), Marius Cottier (Erziehungsdirektor) und Denise Devaud (Grossrätin) in BGR (wie Anm. 28), Mai 1979, 591 ff., und Mai 1983, 1152 f.; Rektorat der Universität Freiburg, *Le bilinguisme à l'Université de Fribourg* (Bericht), Februar 1983; Claudine Schmutz, Piera Fleiner et al., Kommission der Christlichdemokratischen Volkspartei zur Sprachenfrage, *Freiburg 2000. Die Zweisprachigkeit im Kanton Freiburg* (Bericht), Freiburg 1985, 17.

- 32 A. F., «Germanisation: inéluctable», *La Liberté*, 27. 9. 1979.
- 33 Wisard (wie Anm. 10), 99, Anm. 54: «Cette image du cheval de Troie est également révélatrice du fait que le RJ [Rassemblement jurassien] attribue une origine volontariste ou phénomène appelée immigration bernoise.» Vgl. dazu folgende Quellentexte: Roland Béguelin, *Un faux-témoin: la Suisse*, Paris 1973, 24 f., 99; Ders., *L'autodétermination*, Delémont 1967, 21; Jean-Paul Bovée, Pierre Chèvre, *Cent cinquante ans d'immigration bernoise dans le Jura*, Delémont 1985.
- 34 Die hier verwendeten Zitate bezeichnen den Deutschfreiburger Club im Kantonsparlament; Denis Clerc in Communauté romande du pays de Fribourg (CRPF), *Le Pays de Fribourg* (Bulletin der CRPF) 27 (2000), 19 f. Die 1959 gegründete Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft (DFAG) ist ein zweites Ziel solcher Angriffe. Zum Engagement und den Aktivitäten dieser kulturellen Vereinigung vgl. Peter Boschung, *Rückblick auf 30 Jahre Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft 1959–1989*, Freiburg 1989; DFAG (Hg.), *Deutschfreiburg im Aufbruch. Festschrift zum 40. Jahrestag der Gründung der Deutschfreiburgischen Arbeitsgemeinschaft*, Freiburg 1999.
- 35 In zweisprachigen Klassen oder Immersionsschulen wird der Unterricht teilweise oder ganz in einer Fremdsprache erteilt, einschliesslich der nichtsprachlichen Fächer. Diese in Europa noch wenig verbreitete Art des Unterrichts wurde in Kanada bereits 1965 eingeführt. Allein im Schuljahr 1990/91 besuchten fast 300'000 Schüler zweisprachige Klassen in über 1500 kanadischen Schulen. Claudine Brohy et al., *Une école bilingue à Fribourg? / Eine zweisprachige Schule in Freiburg?*, Freiburg 1992, 13.
- 36 *Postulat Eveline Krauskopf und Botschaft Nr. 167 betreffend den Revisionsvorschlag des Schulgesetzes* in BGR (wie Anm. 28), November 1992, 2659; September 1993, 1861; und September 1999, 875 ff.
- 37 Die zitierten Ausdrücke stammen vom ehemaligen Magistraten Denis Clerc und vom ehemaligen Chefredaktor der Zeitung *La Liberté* François Gross. *Le Pays de Fribourg* (wie Anm. 34) 27 (2000), 8, und 19 (1992), 19; *Freiburger Nachrichten*, 29. 8. 2000, 3. Vgl. dazu auch folgenden Presseartikel von Willy Boder, «François Gross contribue à raviver la guerre des langues à Fribourg», *Le Temps*, 21. 9. 2000, 18.
- 38 Vgl. Altermatt (wie Anm. 12), 285 ff.
- 39 Franz Aebischer (Gründer der kurzlebigen Deutschfreiburger Partei), «Germanisierung», in Ders., *Der Schuss in den Rücken: ein ABC für Deutschfreiburg*, Freiburg 1986; Peter Boschung (Gründer der Deutschfreiburgischen Arbeitsgemeinschaft), Brief an Gérard Bourgarel (Generalsekretär der Vereinigung Pro Freiburg), 22. 10. 1986, 2.
- 40 Schmutz et al. (wie Anm. 31), 12.
- 41 Bericht der Kommission zur Anwendung des Sprachenartikels der Freiburger Staatsverfassung, Freiburg 1993, 64; Alain Ribordy (Grossrat) in BGR (wie Anm. 28), Mai 2000, 610.
- 42 Vgl. Franz Riklin, *Von der Aufklärung verschont. Eine unwahre und 54 wahre Geschichten aus dem Justizwesen*, Zürich 2000, 147.
- 43 Vgl. Philipp Haselbach, *Zwischen Linie und Zone. Freiburgs Sprachgrenze in der Zeit von 1890 bis 1960. Ein Beitrag zur kantonalen Sprachgeschichte*, Freiburg 2001.
- 44 Vgl. David B. Campbell, «Nationalism, Religion and the Social Bases of Conflict in the Swiss Jura», in Stein Rokkan, Derek W. Urwin (Hg.), *The Politics of Territorial Identity. Studies in European Regionalism*, London 1982, 279–307, hier 284.
- 45 Dieser schulisch-sprachlichen Spaltung der Deutschschweiz – und damit auch der Schweiz – liegen im westlichen Landesteil (1.) die geografische Nähe zum anderen Sprachgebiet, (2.) eine längere Tradition des Landessprachenunterrichts und (3.) historische und kulturelle Gemeinsamkeiten mit den Sprachnachbarn zu Grunde. Vgl. Bernhard Altermatt, «Language Policy in the Swiss Confederation. The Concepts of Differentiated Territoriality and Asymmetrical Multilingualism», in *Federalism, Decentralisation and Good Governance in Multicultural Societies* (Publications de l'Institut du Fédéralisme Fribourg Suisse, Reihe «Travaux de Recherche», Bd. 34), Freiburg 2004, 8–36.

- 46 Das Konzept der differenzierten Sprachterritorialität wird vom Autor gegenwärtig in einer Dissertation entwickelt: Bernhard Altermatt, *Territoriale Mehrsprachigkeit und Sprachpolitik in der Schweiz und Belgien (19. und 20. Jahrhundert)*.

RESUME

LE MYTHE DE LA «GERMANISATION»: UN DISCOURS COMPOSITE ET SES REPERCUSSIONS DANS LA REGION DE LA FRONTIERE LINGUISTIQUE EN SUISSE OCCIDENTALE

Le plurilinguisme historique et contemporain de la Suisse ne repose pas seulement sur des mythes «positifs» tels que la liberté absolue de la langue ou la protection parfaite des minorités, mais il continue à être marqué par des métaphores «négatives», parmi lesquelles le «Röstigraben» (fossé entre les communautés linguistiques) est la plus répandue. Dans cette catégorie de représentations peu flatteuses du plurilinguisme helvétique, le mythe de la «germanisation» est une autre image récurrente. Depuis la fin du 19^e siècle, il témoigne de l'inquiétude des minorités «latines» d'être dominées par la majorité germanophone du pays. Le mythe de la germanisation est une construction complexe et ambiguë, dont les multiples facettes incluent entre autres les éléments suivants: les dimensions de la démographie et du territoire ainsi que les aspects de l'économie, de la situation juridique et de la visibilité publique du bilinguisme dans certaines régions. La plupart des prétendues germanisations peut être réfutée moyennant une analyse objective du développement linguistique dans les domaines susmentionnés. Contrairement à l'évolution réelle du multilinguisme suisse, le mythe de la germanisation est avant tout utilisé dans les régions francophones du pays où des groupes ethnolinguistiques le propagent activement. Dans la deuxième moitié du 20^e siècle, il a même fait son entrée dans le discours officiel d'autorités étatiques, exerçant ainsi une influence réelle sur la politique linguistique aux niveaux cantonal et communal. Dans le présent article, l'exemple du canton bilingue de Fribourg/Freiburg sert à démontrer le peu de substance du mythe de la germanisation, la manière dont il continue néanmoins à être diffusé, et ses effets néfastes sur la politique du bilinguisme de la région.

(Bernhard Altermatt)